

Nr. 15/326

Fazit nach fünf Jahren Pflegeversicherung

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Mai 2000
(Drucksache 15/318)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, über die Erfahrungen mit der Pflegeversicherung und ihrer künftigen Entwicklung zu berichten.

Dieser Bericht soll Aussagen zu folgenden Punkten beinhalten:

- Wie verteilen sich die Pflegestufen aktuell unterteilt nach Sach- und Geldleistungen?
- Ergab sich in den fünf Jahren Pflegeversicherung eine Veränderung in der Gewichtung der Pflegestufen unterteilt nach Geld- und Sachleistungen?
- Wie hat sich das Verhältnis von häuslicher Pflege zu stationärer Pflege entwickelt?
- Wie zeigt sich die Entwicklung bei den Schwerstpflegefällen, und gibt es differenzierte Angaben bezogen auf Altersgruppen?
- Welche finanzielle Entwicklung hat die Pflegeversicherung genommen?
- Wie hoch sind dadurch die Einsparungen bei den Sozialleistungen aktuell und in den vergangenen fünf Jahren?
- Wie hat sich die Pflegelandschaft in den vergangenen fünf Jahren verändert?
- Wie ist die Aufsicht (Heimaufsicht) mit den Zugangsmöglichkeiten zu den stationären Einrichtungen geregelt, sieht der Senat Änderungsbedarf?
- Sieht der Senat einen Bedarf für eine Veränderung der Aufsichtsregelung im Bereich der häuslichen Pflege?
- Welche Bemühungen unternimmt der Senat, um sich an der Einführung eines Gütesiegels in der Pflege zu beteiligen?

Nr. 15/327

Illegale Beschäftigung wirkungsvoll bekämpfen – Vergabe öffentlicher Aufträge effektiv organisieren

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000
(Drucksache 15/327)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/328

Verantwortlicher Umgang mit Alkohol

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000
(Drucksache 15/328)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/329

Aktivitäten im Hinblick auf eine Bewerbung zur Ausrichtung des Deutschen Turnfestes 2006 in Bremen/Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000
(Drucksache 15/331)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/330

Ausbau des Containerterminals CT IV zügig voranbringen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 6. Juni 2000
(Drucksache 15/375)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt uneingeschränkt die Beschlüsse des Senats zum geplanten Ausbau des CT IV, die Bereitstellung der Planungsmittel in Höhe von 30 Mio. DM und geht davon aus, dass die bereitgestellten Planungsmittel zu einer möglichst schnellen Konkretisierung und Realisierung des Projektes beitragen.
2. In Anbetracht der auch zukünftig großen Bedeutung der Häfen für Bremen und Bremerhaven wird der Senat gebeten, auf der Basis der bisherigen Beschlüsse schnellstmöglich die Planung des Neubaus des CT IV voranzubringen und der Bürgerschaft (Landtag) im Dezember 2000 über den Sachstand erneut zu berichten.

Nr. 15/331

Die Ökosteuer zurücknehmen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 13. Juni 2000
(Drucksache 15/376)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/332

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2000
(Drucksache 15/379)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzentwurf zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 15/333

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach dem Abfallverbringungsgesetz

Mitteilung des Senats vom 20. Juni 2000
(Drucksache 15/387)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/334

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 15 vom 27. Juni 2000

(Drucksache 15/391)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/335

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg über die Errichtung einer Verkaufsstelle

Mitteilung des Senats vom 27. Juni 2000

(Drucksache 15/392)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/336

Jugend im Parlament

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft

vom 4. Juli 2000

(Drucksache 15/400)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands Kenntnis.

Nr. 15/337

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft nach § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz (AbgG) vom 29. Juni 2000

(Drucksache 15/396)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands nach § 24 des Bremischen Abgeordnetengesetzes Kenntnis.

Nr. 15/338

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder von Deputationen

Antrag des Vorstands

vom 27. Juni 2000

(Drucksache 15/397)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/339

Mehr Bildungsqualität für Grundschule und Sekundarstufe I

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 13. Juni 2000

(Drucksache 15/377)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/340

Studienreform statt Studiengebühren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Juni 2000
(Drucksache 15/378)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/341

Ökostrom für Bremen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU vom 4. Juli 2000
(Neufassung der Drs. 15/384 vom 15.06.00)
(Drucksache 15/401)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. Angebote für die Versorgung mit Ökostrom am Modell des Bremer Rathauses einzuholen und zu prüfen.
2. Der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 30. November 2000 Bericht zu erstatten:
 - über die vorliegenden Angebote,
 - über die Einsparungen oder Mehrkosten für den Haushalt,
 - über die Möglichkeiten, eventuelle Mehrkosten durch verbessertes Energiemanagement auszugleichen,
 - darüber, welche Maßnahmen der Energiebewirtschaftung jeweils konkret welche Kostenreduktionen und Umweltentlastungen bewirken,
 - darüber, welche Kommunen in Deutschland mit Ökostrom versorgt werden.
3. Der Bürgerschaft (Landtag) zu diesem Termin Vorschläge vorzulegen, wie die Belieferung des Rathauses mit Ökostrom realisiert werden kann.
4. Für alle Gebäude, die von Behörden und Einrichtungen des Landes Bremen genutzt werden, darzulegen,
 - wie die am Modellbeispiel des Rathauses gewonnenen Prüfergebnisse nutzbar gemacht werden können,
 - welche Einsparungen bei den Bezugskosten erlangt werden können, indem als Großkunde ein günstigerer Ökostrompreis ausgehandelt wird.

Nr. 15/342

Gegen das Vergessen des Leidens deutscher Zwangsarbeiter

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 19. Juni 2000
(Drucksache 15/386)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.